

10. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen

"Mein Recht auf unbehinderte Verständigung" - mit diesem Motto trat der Arbeitskreis Bremer Protest zum 10. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen am 7. Mai 2002 an. Ein Jubiläumsprotesttag, der besonders vorbereitet und von verschiedenen Veranstaltungen begleitet wurde. So gab es im Vorfeld des eigentlichen Bremer Protesttages einen politischen Mitmach-Samstag rund um das Thema "Unbehinderte Verständigung", eine Fotoausstellung in der Bremischen Bürgerschaft mit dem Titel "10 Jahre Bremer Protesttag in Bildern" sowie einen Vortragsabend mit Horst Frehe (Forum behinderter Juristen) und der amerikanischen Behindertenrechtlerin Marilyn Golden, die über Gleichstellungsgesetze und ihre Umsetzung in Deutschland und den USA sprachen. Die Organisation des 10. Bremer Protesttages übernahmen die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen und Selbstbestimmt Leben Bremen. Beide Vereine sind auch Träger des Arbeitskreises Bremer Protest gegen Diskriminierung behinderter Menschen.

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Protesttages betrifft viele behinderte Menschen in der einen oder anderen Form, z.B. Gehörlose, Sinnesbeeinträchtigte oder Sprachbehinderte. Gleichzeitig geht es auch um Menschen mit geistiger Behinderung und Lernschwierigkeiten, die im Alltag häufig auf eine Sprache treffen, die sie nicht verstehen. Damit behinderte Menschen und ihre Umwelt einander verstehen können, sind manchmal besondere Anstrengungen und Hilfen wichtig. Die Beschäftigung mit dem Thema ließ die Mitglieder des Arbeitskreises allerdings auch sehr schnell erkennen, daß sie in den vergangenen 10 Jahren selbst häufig zum Aufbau von Verständigungsbarrieren beigetra-

gen hatten. Und so war ein erster Schritt zur Verbesserung von Verständigung und Verständnis, die Protokolle der Arbeitskreissitzungen nicht nur in schwerer, sondern auch in einfacher Sprache zu verfassen. In einem zweiten Schritt wurde ein politischer Mitmach-Samstag geplant, an dem Arbeitsgruppen zu den Themen Gebärdensprache, Redekunst für behinderte Menschen, leichte Sprache und barrierefreies Internet angeboten werden sollten, um sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen und um zu abgestimmten Positionen bzw. politischen Forderungen innerhalb der Bremer Behindertenbewegung zu gelangen.

Einen ganzen Tag im April lernten dann ca. 80 Interessierte zu den vier genannten Themenbereichen im Gehörlosenfreizeitheim Möglichkeiten kennen, wie Verständigungshindernisse entstehen und wie sie umgangen werden können. Dabei ging man zudem der Frage nach, was getan werden muß, damit jeder Mensch sein Recht auf unbehinderte Verständigung auch bekommt. In den vier Gruppen wurden hierzu viele Ideen und Forderungen gesammelt. Zu diesen Ideen und Forderungen gehören u.a.:

- Gebärdensprache sollte Unterrichtsfach an Regelschulen werden.
- Jede Behörde sollte einen Verständlichkeitsbeauftragten haben. Dieser soll sich dafür einsetzen, daß Menschen mit Lernschwierigkeiten alle wichtigen Informationen der Behörde auch in leichter Sprache bekommen können. Er soll auch dafür sorgen, daß andere Verständigungshindernisse für Behinderte aus dem Weg geräumt werden.

- Die Internetseiten von bremen.de müssen barrierefrei gemacht werden.

Nur eine kleine Auswahl an Forderungen. Sie wurden neben anderen später am 7. Mai im Demonstrationzug durch die Bremer Innenstadt von den ca. 1000 Teilnehmern in die Öffentlichkeit getragen und am Nachmittag des gleichen Tages der Sozialsenatorin Karin Röpke im Behindertenparlament - im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft - übergeben. Damit verbunden die Aufforderung: "Laden Sie unter Beteiligung behinderter Menschen ein zu einem Runden Tisch für das Recht auf unbehinderte Verständigung um herauszufinden, was getan werden muß, daß überall in Bremen das Recht auf unbehinderte Verständigung zur Geltung kommt."

Das Recht auf unbehinderter Verständigung sollte auch erstmals durchgängiges Prinzip bei allen Veranstaltungen des 10. Bremer Protesttages werden. So waren die Organisatoren von LAGH und SL stets bemüht, barrierefreie Verständigung in allen Bereichen zu fordern und zu fördern. Einige Beispiele für das Ergebnis dieses Bemühens: Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber eröffnete zum ersten Mal ein Behindertenparlament mit einer Rede in einfacher Sprache. Alle 150 Behindertenparlamentarier wurden außerdem ausgestattet mit einer Roten Karte "Halt - bitte einfache Sprache" und natürlich nicht nur im Behindertenparlament, sondern bei allen Aktionen im Rahmen des 10. Bremer Protesttages waren Gebärdendolmetscher tätig.

Am Beispiel des Verlaufs der Sitzung des Behindertenparlaments wurde aber auch deutlich, welche Folgen sich aus der Forderung nach unbehinderter Verständigung ergeben können. In erster Linie wird sicher mehr Zeit benötigt. Denn als der Gebrauch der Roten Karte verstanden und von vielen als Möglichkeit erkannt wurde, Dinge ganz selbstverständlich erklärt zu bekommen, nutzten viele Behindertenparlamentarier die Karte. Und manch Redner kam ins Stocken, wenn Begriffe

wie "integrative Beschulung", "Koalition", Skeptiker, "Gremium" oder "Sanitärraum" erklärt werden mußten.

Schwierige Sprache fand sich auch - leider - durchgängig in den Beschlüßvorschlägen der Fraktionen behinderter Menschen wieder. Wohl keiner der vorliegenden 10 Anträge war tatsächlich in einfacher Sprache geschrieben, weswegen es auch bei den Vorträgen und Erläuterungen immer wieder zu neuen Verständnisfragen kam. Das Gute daran: offensichtlich waren plötzlich nicht mehr nur die sogenannten "Köpfe" der Behindertenbewegung aktiv, sondern die Beteiligung war breit gestreut wie nie zuvor.

Neu war ebenfalls, daß ein Behindertenparlament nicht in der vorgesehenen Tagungszeit beendet werden konnte; eben Ergebnis eines neuen Umgangs mit Sachthemen unter dem Gesichtspunkt der Verständigung. Dies hatte auch der stets anwesende Präsident der Bremischen Bürgerschaft schnell erkannt. Er bot als Hausherr an, erneut für eine zweite, fortführende Sitzung des Behindertenparlaments den Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen.

So werden die Behindertenparlamentarier nach der Sommerpause noch einmal zusammenkommen und darüber beraten, was in ein zukünftiges Bremisches Gleichstellungsgesetz gehört, das laut Senatsbeschuß in Bremen noch bis zum Ende der Legislaturperiode in 2003 erarbeitet werden soll. Die Fraktionen behinderter Menschen haben bereits eine Reihe von konkreten Vorschlägen zu den Bereichen Bau, ÖPNV, Schule, Hochschule sowie Behindertenbeauftragter erarbeitet. Neben der Berücksichtigung von inhaltlichen Forderungen verlangen wir bei der Erarbeitung des Gesetzes eine Beteiligung auf Augenhöhe mit Verwaltung und Politik, wie das auf Bundesebene bei der Erarbeitung des Bundesgleichstellungsgesetzes bereits möglich war.

Hans-Peter Keck
Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen e.V.